

Ulrike Eifler: Buchvorstellung am 9.10.2025 in Bremen

Ich möchte mich erstmal bedanken, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Einladung.

Bin ich gut zu hören eigentlich? Ja, okay.

Und will mich gleich zu Beginn entschuldigen dafür, dass wir eine Buchvorstellung machen, ohne dass das Buch schon da ist.

Das war eigentlich anders geplant, das Buch sollte erscheinen im September, dann gab es Schwierigkeiten mit der Druckerei und dann haben wir jetzt einen neuen Erscheinungstermin, nämlich das ist der 27. Oktober.

Also pünktlich zur linken Literaturmesse in Nürnberg wird dieses Buch erscheinen, aber jetzt ist es leider noch nicht da.

Was uns vor die Herausforderung stellt, eine Buchlesung zu bewerkstelligen ohne Buch.

Das müssen wir jetzt irgendwie gemeinsam hinkriegen.

Ich habe mir Folgendes gedacht, ich dachte, ich erzähle euch vielleicht kurz was zum Entstehungshintergrund dieses Buches, würde euch dann ein paar Informationen geben zu den Autorinnen und Autoren dieses Buches.

Das ist ja ein Sammelband, ich habe dieses Buch ja nicht geschrieben, sondern gebe es nur heraus.

Und es gibt einen inhaltlichen, oder es gibt inhaltliche Schwerpunkte dazu, würde ich nochmal was sagen.

Und es gibt eine rote Linie, die sich durch dieses Buch zieht, die würde ich gern etwas ausführlicher beschreiben, wenn ihr einverstanden seid.

Und Mo hat das gerade schon gesagt, ich würde ungefähr 30 Minuten reden.

Manchmal neige ich dazu, meine eigenen Zeitvorgaben nicht ganz einzuhalten.

Klammer auf, eigentlich finde ich auch alle Vorträge, bei denen man länger als 20 Minuten zuhören muss, ehrlich gesagt die Hölle.

Entschuldige mich schon jetzt, dass ich euch das zumuten muss.

Wenn ihr der Meinung seid, ihr müsst jetzt mal was kommentieren, was loswerden, ihr müsst mich unterbrechen, dann tut euch keinen Zwang an, auch das kriegen wir hin.

Wenn nicht, dann freue ich mich umso mehr auf die Diskussion im Anschluss des Inputs.

Genau, lass uns vielleicht loslegen mit, quasi mit diesem Buch.

Also wie ist dieses Buch eigentlich entstanden? Das Buch ist entstanden in der Diskussion, oder aus der Diskussion der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft.

Das ist der Gewerkschaftsflügel innerhalb der Partei Die Linke.

Der eine oder andere kennt diesen Zusammenschluss und wir haben uns relativ schnell nach Beginn des Ukraine-Krieges auch gefragt, was sind eigentlich die Auswirkungen dieses Krieges auf die Welt der Arbeit.

Und wir haben festgestellt, dass du eigentlich abgekoppelt von Friedensfragen keine gute Gewerkschaftsarbeit machen kannst.

Du kannst keine gute Tarifpolitik machen, du kannst keine gute Betriebspolitik machen.

Die Dinge hängen miteinander zusammen, da gehe ich gleich noch ein bisschen genauer drauf ein.

Und das ist auch der Grund, warum wir gesagt haben, okay, wir müssen diese Debatte stärker in den Gewerkschaften führen und waren gleichzeitig aber vor die Situation gestellt, dass in den Gewerkschaften diese Diskussion gar nicht so richtig stattfindet, in unseren Gewerkschaften.

Und fanden, dass man das stärker diskutieren muss und haben deswegen irgendwann die Entscheidung getroffen, wir machen mal so eine gewerkschaftspolitische Konferenz.

Und ich freue mich sehr, dass der Herbert Behrens heute auch da ist.

Herbert gehört ebenfalls zur Steuerungsgruppe derjenigen, die gesagt haben, wir stellen jetzt diese Konferenz, die in Kooperation, wesentlich in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert und auf die Beine gestellt wurde, wir stellen die jetzt mal in die Welt und werfen den Stein ans Wasser und gucken mal, wo die Wellenbewegungen hinschlagen.

Das haben wir gemacht.

Inzwischen ist aus dieser einen Konferenz, die 2023 in Hanau stattfand, sind drei Konferenzen geworden.

Wir waren letztes Jahr in Stuttgart, wir waren dieses Jahr in Kooperation mit der IG Metall-Geschäftsstelle Salzgitter, ja keine ganz unwesentliche Geschäftsstelle, auch innerhalb des Gewerkschaftskurses waren wir in Salzgitter.

Und ich finde ehrlich gesagt, dass diese Debatten in Schwung kommen.

Also wir öffnen Räume damit, wir geben Kollegen und Kollegen Argumente damit an die Hand, wir erarbeiten uns gemeinsam die Argumente, also da kommt etwas in Schwung und in Bewegung und das ist bitter nötig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieses Buch, also im Anschluss an die Konferenz haben wir dann gesagt, wir müssen irgendwie diese Debatten festhaltbar machen, also wir müssen sie nachlesbar machen, wir müssen etwas schaffen, was es uns hilft und auch den Kolleginnen hilft, die Debatte in unseren Gewerkschaften zu führen.

Und deswegen hat es bereits 2024, im letzten Jahr, einen ersten Sammelband gegeben, der so etwas wie eine Argumentesammlung war, gleichzeitig aber auch ein Referentenpool.

Denn bei einem herausgegebenen Buch mit verschiedenen Sammelbeiträgen von verschiedenen, oder verschiedenen Beiträgen von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen, hat man immer auch eine Vorstellung davon, wen man einladen kann.

Insofern haben wir gesagt, dieses Buch kann tatsächlich zum Organisator dieser Debatte werden.

Und das ist auch passiert, das ist aufgegangen, dieses Buch war leider, ich glaube es ist seit Mai diesen Jahres vergriffen, nicht mehr, also man kann es nicht mehr erwerben käuflich, man kann nur noch Raubkopien machen.

Und wir haben dann überlegt, was machen wir denn jetzt? Der Verlag hat darüber nachgedacht, eine zweite Auflage zu drucken.

Und wir haben gesagt, eigentlich wollen wir sozusagen einen neuen Sammelband herausgeben und wollen sozusagen die Debatten, die sich jetzt auch nochmal seit den letzten zwei, drei Jahren neu entwickelt haben, die wollen wir nochmal besser abbilden.

Und nochmal andere Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen lassen.

Deswegen also jetzt dieser zweite Sammelband Gewerkschaften in der Zeitenwende.

Und ihr findet darin hochaktuelle, spannende Beiträge zum Beispiel von Ralf Krämer und Dirk Hirschel.

Beide arbeiten ja in der Abteilung Wirtschaftspolitik bei der Bundesvorstandsverwaltung von Verdi.

Und die rechnen akribisch durch, wie sich sozusagen ab 2030, ab 2030 sollen ja diese 215 Milliarden Euro jährlich für Rüstung und Militär ausgegeben werden, wie sich das auf den Haushalt und auf andere Bereiche, wesentliche Bereiche unseres Sozialstaates auch auswirkt.

Und genau, beide kommen zu ganz interessanten Schlüssen, eigentlich zu einem und demselben Schluss, dass nämlich diese finanzpolitische Schwerpunktsetzung, also derartig viel Geld für Rüstung auszugeben, tatsächlich dazu führt, dass der Sozialstaat ruiniert wird.

Sie sprechen nicht von einem minimalen Umbau, sie sprechen nicht vom Abbau, sie sprechen vom Ruin des Sozialstaates.

Und das sind die Dinge, mit denen wir uns beschäftigen müssen.

Und deswegen ist es auch so sehr ein Thema für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Ein anderes Thema, und da bin ich natürlich hier in Bremen auch goldrichtig, ein anderes Thema ist die Rüstung.

Und die Gewerkschaften, das wissen wir seit den 80er Jahren, aber das merken wir auch jetzt, wo wir die große Automobilkrise haben, die Gewerkschaften stehen vor dem Dilemma, Rüstung auf der einen Seite und Arbeitsplatzabbau auf der anderen Seite.

\.n Wie geht man also damit um? Wir haben in diesem Sammelband drei Beiträge von Anne Rieger, die ihr vielleicht kennt, die ja eine Konversionsexpertin ist, auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Heinz Bierbaum, dem Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der auch aus der IG Metall kommt, lange, lange Jahre bei der IG Metall im Wirtschaftsbereich der Wirtschaftspolitik gearbeitet hat.

Und Hans Schenk, auch ein Gewerkschafter, der früher mal Betriebsrat bei MAK Kiel war und dort sozusagen in den 80er Jahren als Betriebsrat und Vertrauensmann eine Rüstungskonversionsdebatte angestoßen und den Prozess begleitet hat und danach sich selbstständig gemacht hat und danach ganz viele Jahre hinweg Betriebsräte dabei begleitet hat, Konversionsprojekte und Prozesse sozusagen anzuschieben.

Anzuschieben, auch Hans kommt zu Wort, ein sehr konkreter Beitrag, wie ich finde, in dem Buch.

Und dann ist es natürlich so, dass Militarisierung deutlich mehr ist, als immer nur mehr und mehr Geld in die Rüstungshaushalte zu, oder in sozusagen, ja, für Rüstung auszugeben, in die Haushalte zu pumpen.

Militarisierung, und das merken wir gerade an allen Ecken und Enden, ist eine Durchdringung, militärische, militaristische Durchdringung der Gesellschaft.

Und wir sehen das in der medialen Berichterstattung, wir sehen das aber in ganz vielen anderen Bereichen auch.

Und deswegen freue ich mich sehr, dass wir Nadja Rakowitz vom Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte gewinnen konnten, mal über die zivil-militärische Zusammenarbeit unter den Bedingungen der Militarisierung des Gesundheitssystems oder der Gesundheitsversorgung zu schreiben.

Nadja hat sehr viel dazu zu erzählen.

Es lohnt sich in jedem Falle, Nadja dazu auch einzuladen.

VDR ist eine wunderbare Organisation, die sich sehr fundiert mit dem auseinandersetzen, was da gerade unsere Gesundheitsversorgung und die Gesundheitsversorgung für die breite Bevölkerung einschränkt.

Auch da gehe ich gleich nochmal stichwortartig ein bisschen genauer drauf ein, an der Stelle tatsächlich nur erstmal die Verschlagwortung.

Dann haben wir Marc Ellmann.

Marc Ellmann ist ein junger Kollege von der GEW in München, der sich vor allem nochmal dran gemacht hat, das Bundeswehrförderungsgesetz, was wir in Bayern haben, was Lehrer dazu verpflichtet, Soldaten in den Unterricht einzuladen, es ihnen also nicht nur in Aussicht stellt, sondern sie dazu verpflichtet, das zu tun, die Zivilklausel abgeschafft wurde und so weiter und so fort, dieses Bundeswehrförderungsgesetz mal einzuordnen in diesen ganzen Militarisierungsdiskurs und last but not least Andreas Engelmann vom Verein Demokratischer Juristinnen und Juristen, gleichzeitig auch Professor an der Global Labour University in Frankfurt, die ehemalige Akademie der Arbeit, die der eine oder andere vielleicht von euch noch kennt.

Andreas hat sich mit der Novellierung der Notstandsgesetze beschäftigt, die die Bundesregierung ja Anfang des Jahres vorgenommen hat und eines dieser Notstandsgesetze ist ja das Arbeitssicherstellungsgesetz und in den 80er, 70er und 80er, nee, in den Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, das wisst ihr viel besser als ich wahrscheinlich oder viele von euch, sind die Gewerkschaften dagegen Sturm gelaufen, weil sie gesagt haben, Arbeitszwang und Arbeitspflicht ohne die Möglichkeit zu haben, den Arbeitsplatz zu wechseln aus freien Stücken, ist eine Verwöhnung der abhängig Beschäftigten in diesem Land und sie haben gleichzeitig auch befürchtet, dass dieses Arbeitssicherstellungsgesetz oder auch die Notstandsgesetze ganz generell dazu genutzt werden können, um große Demonstrationen zu verbieten, weil sie gesagt haben, es kann auch die Situation oder der Moment eintreten, wo eine große Demonstration zum Notstand erklärt wird und was machen wir denn dann? Also es gab ein großes Engagement und deswegen hat es mich sehr gefreut, dass Andreas als Jurist hier auch nochmal eine besondere Einordnung vorgenommen hat und das auch zum Thema gemacht hat.

In der Öffentlichkeit wird viel zu wenig darüber geredet, wie diese Notstandsgesetze und die Novellierung der Notstandsgesetze tatsächlich Fakten schaffen in Bezug auf die Militarisierung unserer Gesellschaft.

Es gibt also eine ganze Menge von Beiträgen geschrieben von Gewerkschaftern für Gewerkschafter, Beiträge, die sich mit den Auswirkungen der aktuellen Kriegsvorbereitungspolitik auf die Arbeitswelt auseinandersetzen.

Und ich spreche ganz bewusst von Kriegsvorbereitung, weil ich glaube, dass die Phase der Zeitenwende vorbei ist, Kolleginnen und Kollegen.

Ich glaube, wir reden mittlerweile darüber, dass die Bundesregierung, und Sie sagen es selber sehr offen, alle Regierungen in Europa sagen das gerade sehr

offen, dass sie den Krieg vorbereiten.

Und warum ist es also wichtig, dass wir uns damit beschäftigen? Weil ein Blick in die Geschichte und natürlich auch der Blick in die Gegenwart zeigt, dass Kriegsvorbereitungen und auch der Krieg selbst immer mit enormen Eingriffen in die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte einhergeht.

In allen Kriegen wurden bisher im Namen der Sicherheit Arbeitszeiten ausgeweitet, es wurden Umverteilungskämpfe erschwert, es wurde das Streikrecht außer Kraft gesetzt.

Und an der Stelle vielleicht nur mal einen Hinweis, den wir vielleicht auch nachher noch mal diskutieren können.

In dem Zusammenhang steht, glaube ich, auch die Debatte um den Acht-Stunden-Tag.

Denn das, was da im Koalitionsvertrag steht, ist die Rückkehr zur 73,5-Stunden-Woche.

Sechs Tage die Woche, 12,15 Stunden zu arbeiten, bedeutet 73,5 Stunden in der Woche sind möglich und legal.

Wenn das kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich darf daran erinnern, dass sowohl im Ersten und im Zweiten Weltkrieg in den großen Rüstungsschmieden Wochenstunden von 70, 80, teilweise 90 Stunden an der Tagesordnung waren.

Aus der Geschichte wissen wir aber auch, dass Umbrüche mit dem Potenzial weltkriegerischer Auseinandersetzungen die Arbeiterbewegung stets auch immer vor besondere Herausforderungen gestellt haben und uns das ein oder andere Mal auch in schwierige Situationen hineinmanövriert haben.

Vor Beginn des Ersten Weltkrieges zeigte das die Burgfriedenpolitik der Gewerkschaften, aber auch die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten zeigte das sehr deutlich und das im Hinterkopf behaltend, würde ich sagen, auch heute stehen wir für großen politischen und vor allem auch strategischen Herausforderungen und ich glaube, die größte Herausforderung wird es sein, die Einbindung der Arbeiterbewegung, die Einbindung unserer Gewerkschaftsbewegung in diesen Kurs aus Sozialabbau und Kriegsvorbereitung zu verhindern, in einer Zeit wachsender Klassenangriffe und das ist Kriegsvorbereitung, ein Angriff gegen uns, ein Angriff gegen unsere Klasse, in einer solchen Zeit darf der Protest unserer Klasse nicht stillstehen, sondern wir müssen ihn organisieren und dazu ist es wichtig, dass wir uns nicht einbinden lassen.

Und damit wäre ich dann auch schon bei dem roten Faden, den ich angemerkt habe, der sich durch dieses Buch zieht, durch alle Beiträge dieses Sammelbandes zieht, der Angriff auf unsere Klasse, Zeitenwende als Klassenangriff, als Frontalangriff auf die abhängig Beschäftigten, der sich meiner Meinung nach auf mindestens sechs Ebenen abzeichnet und ich will versuchen, mal kurz darzustellen, was das konkret bedeutet.

Der erste Angriff gegen unsere Klasse ist natürlich die Verteilungsfrage.

Das ist völlig klar, es ist eine verteilungspolitische Binse, dass in der Zeitenwende die Armut weiter voranschreiten wird, in dieser Zeit der Kriegsvorbereitung die Armut weiter voranschreiben wird.

Warum? Weil jeder Euro, der in den Rüstungshaushalte gesteckt wird, für vieles andere fehlt, wo es bitter notwendig wäre.

Die ausfinanzierte Kindergrundsicherung, eine gute Bildung, aber natürlich die funktionierende Daseinsvorsorge und der ökologische Umbau unserer Industrie.

Und das ist der Grund, Kolleginnen und Kollegen, warum die Bundesregierung den Sozialstaat unter Finanzierungsvorbehalt gestellt hat, weil sie das Geld für

etwas anderes braucht.

Das ist der Grund, warum Clemens Füst, der Geschäftsführer vom IFO-Institut, sagt, Kanonen und Butter ist Schlaraffenland.

Sie wissen sehr genau, dass dieser Aufrüstungskurs zu Einschränkungen führen muss, von denen wir betroffen sind, von denen alle diejenigen betroffen sind, die massiv angewiesen sind auf einen funktionierenden Sozialstaat.

Das ist auch der Grund, warum seit Wochen gegen Bürgergeldempfänger, Geflüchtete, angeblich faule Rentner oder den überbordenden Sozialstaat gehetzt wird.

Und das ist der Grund, warum sie den Herbst der Reformen angekündigt haben.

Die Bundesregierung, das habe ich eben schon mal erwähnt, will ab 2030 und damit als einziges Land deutlich früher als alle anderen NATO-Staaten 2030 5% des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung ausgeben.

Alle anderen NATO-Länder haben dieses Ziel erst für 2035 verabredet.

Das heißt, in den nächsten fünf Jahren werden sie die Weichen dafür stellen, dass sie die Hälfte des Bundeshaushaltes, 215 Milliarden Euro, die Hälfte des Bundeshaushaltes tatsächlich für Rüstung und für Militärausgaben ausgeben.

Bei einer derartigen Summe geht es nicht mehr um einen minimalen Umbau des Sozialstaates, sondern es geht tatsächlich um die Ruinierung des Sozialstaates.

Und Dirk Hirschel hat ausgerechnet, dass der Schuldendienst schon 2027 die finanziellen Spielräume für Ausgaben in alle anderen Bereiche, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Rente, ganz und gar austrocknen wird.

Ganz und gar austrocknen wird.

Das ist der Grund, warum Carsten Linnemann von einem Herbst der Reformen spricht, der sich gewaschen hat.

Das ist der Grund, warum Markus Söder von einem Update des Sozialstaates spricht.

Das ist der Grund, warum Friedrich Merz von einem Epochenbruch in der Sozialpolitik spricht.

Und wenn man sich die Regierungsberater anguckt, dann kann einem ebenfalls Angst und Bange werden, denn die sagen, die Verrechtlichung ganzer Lebensbereiche muss beendet werden, es muss mehr Raum geschaffen werden für, Zitat, größere transformative und risikoreiche Schritte.

Das heißt also nichts anderes und ich bin an der Stelle wirklich auch dafür, all diese Menschen, Personen beim Wort zu nehmen, unsere Politiker beim Wort zu nehmen, wenn sie derartige Dinge sagen, das heißt nichts anderes, dass das Recht auf gesundheitliche Versorgung, das Recht auf ein Leben in Würde im Alter, das Recht auf eine gute Bildung und ein Existenzminimum, all das wird zur Disposition stehen.

Das ist das, was gegenwärtig auf der Agenda steht, das ist der Bruch mit dem Fundament der Nachkriegsära.

Das muss man an der Stelle sehr deutlich sagen.

Und da komme ich sozusagen dann auch schon zur zweiten Ebene des Frontalangriffs gegen uns und das ist das Verhältnis von Kapital und Arbeit, was sich in dieser Zeit neu ausbuchstabieren wird.

Warum? Weil in einer gesellschaftlichen Atmosphäre, in der permanent über Sozialabbau geredet wird, in der permanent darüber geredet wird, wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt und man müsse jetzt mal den Gürtel enger schnallen und überhaupt der Sozialstand funktioniert nicht, weil er aufgebläht ist.

In einer solchen Zeit sind es doch nicht die Argumente und die Forderungen der Gewerkschaften, nach der Viertagewoche oder nach ausreichend Lohn, nach mehr Urlaub und Ähnlichem, die gesellschaftlich Rückenwind bekommen.

Sondern ganz im Gegenteil, diese Debatte über Sozialabbau, die drückt sich wie, also die drückt sich sozusagen wie Blei auf die Gesellschaft und auch auf die Kampfkraft der Gewerkschaften.

Es sind die Forderungen der Arbeitgeber, die Auftrieb bekommen, die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, nach Verzicht, nach Abweichung von Flächentarifverträgen, das Verhältnis von Kapital und Arbeit, das wird neu ausbuchstabiert in dieser Zeitenwende.

Und das ist etwas, was wir jetzt auch schon beobachten können, nach den wirklich guten Tarifabschlüssen der Gewerkschaften insgesamt, über alle Gewerkschaften und alle Branchen hinweg, in den Jahren 2022 und 2023.

Das waren in schwierigen Zeiten gute Abschlüsse, das muss man wirklich sagen.

15% bei der Post, das waren gute, stabile Abschlüsse.

Trotzdem ist das WSI, das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung, dazu gekommen, letztes Jahr festzustellen, dass sich die durchschnittlichen Tariflöhne 2024 auf dem Niveau von 2016 bewegten.

Wir reden nicht über die Durchschnittslöhne, wir reden über die durchschnittlichen Tariflöhne, das sind die besseren Löhne, auf dem Niveau von 2016.

Und damit will ich an der Stelle, das will ich mal so stehen lassen, können wir gleich nochmal in der Debatte ein bisschen genauer drauf eingehen.

Und wenn wir zum dritten Punkt kommen, nämlich dem militärischen Umbau unserer Daseinsvorsorge.

Also Nadja Rakowitz hat das sozusagen schön beschrieben, auch Marc Ellmann in unserem Buch, was es für ihre Bereiche bedeutet.

Ich will auch hier nun mal stichwortartig versuchen, deutlich zu machen, worum es geht.

Der militärische Umbau der Daseinsvorsorge ist im Kern die Unterordnung von öffentlichen Versorgungsleistungen unter die Logik des Militärischen und sie wird über kurz oder lang und der Prozess beginnt bereits jetzt zu massiven Einschränkungen für die Bevölkerung.

Wir sehen das jetzt schon im Bereich von Bildung und Schule, wo es immer weniger um die Entfaltung freier Persönlichkeiten, selbstständiger, selbstbewusster, junger, selbstdenkender, junger Menschen geht, sondern immer mehr um Unterordnung und Vorbereitung auf den Krieg.

So verpflichtet das Bundeswehrförderungsgesetz die Lehrer dazu, Soldaten in den Unterricht einzuladen, hatte ich gerade eben schon mal gesagt.

Das ist aber nicht das Einzige.

Wir hatten Anfang des Jahres eine unsägliche Diskussion über den Weitwurf im Sportunterricht, nicht mit Bällen, sondern mit Handgranatenattrappen und es gibt

mehrere Beispiele mittlerweile von jungen Menschen, die an ihrer Schule als Kriegsdienstverweigerer auftreten und zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen, die dafür reihenweise Schulverweise kassieren.

Wenn wir mal vom Bildungsbereich wegkommen und zum Transportbereich kommen, im Bereich der Transport- und Verkehrswege könnte sich im Spannungs-, im Bündnis- und im Verteidigungsfall die Versorgung der breiten Bevölkerung erheblich einschränken.

Also es gibt ganz unterschiedliche Indizien dafür.

Es gibt das Verkehrssicherstellungsgesetz von 1965, was die Deutsche Bahn dazu verpflichtet, eine bestimmte Verkehrsleistung für die Bundeswehr bereitzuhalten, während für uns die Transport- oder Beförderungsbedingungen durch die Deutsche Bahn immer unzufälliger werden, wird das aber bereitgehalten.

Und im niederländischen Fernsehen lief kürzlich eine Reportage über die Drehscheibe Deutschland, in der auch der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Marcel Boner, zu Wort gekommen ist.

Und der hat gesagt, dass in einem Spannungsfall an der Ostflanke, also das wird sehr wahrscheinlich das Baltikum sein, über mehrere Monate das gesamte Autobahnschienen- und Hafennetz belegt sein wird.

Warum? Weil mehrere hunderttausend alliierte Truppenverbände und mehrere zehntausend Gefechtsfahrzeuge von West nach Ost quer durch Deutschland geleitet werden müssen.

Und die Drehscheibe wird vor allem Norddeutschland sein, Kolleginnen und Kollegen.

Das wird vor allem euch betreffen.

Red Storm Bravo, das Manöver vor zwei Wochen in Hamburg, dazu muss ich nichts sagen, da seid ihr viel näher dran, ist ein ähnliches Beispiel dafür, wie sozusagen der Krieg vorbereitet wird.

Besonders gut lässt sich die Einschränkung der Daseinsvorsorge aber ablesen an der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen und zivil-militärische Zusammenarbeit im Gesundheitswesen kann zu Friedenszeiten bedeuten, dass im Rahmen der Amtshilfe Bundeswehrkrankenhausbetten zur Verfügung gestellt werden für Zivilisten, die anderswo nirgendwo adäquat versorgt werden können.

Das kann sinnvoll sein.

Dieses Verhältnis verdreht sich aber in seinem Gegenteil, sobald es zu einem Spannungs- oder Verteidigungsfall kommt.

Das heißt, wir reden bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Konfliktfall tatsächlich von einer Unterordnung des Gesundheitswesens unter das Kommando der Bundeswehr.

Das sagt nicht ich, das sagt die Bundesregierung selber, die Anfang des Jahres das Grünbuch herausgegeben hat, in dem sie selber auch sagt, sie rechnen im Falle eines Krieges mit 1000 verletzten Soldaten pro Tag und das muss man gar kein Rechenkünstler sein, um zu wissen, wenn man das hochrechnet, dass da reichen die Bundeswehrkapazitäten nicht aus, die Krankenhäuser, die Bundeswehrkrankenhäuser, sondern ein relevanter Teil dieser verletzten Soldaten wird in zivilen Krankenhäusern versorgt werden müssen und das bedeutet, dass die Versorgung von Lungenentzündungen, von Herzinfarkten, von Schlaganfällen, von Knochenbrüchen, von Krebserkrankungen, von all dem für uns sozusagen dann an der Stelle drunter leiden wird und in dem Maße nicht mehr stattfinden wird.

Und dass wir jetzt schon drin sind in diesem Prozess, zeigt ein Treffen, was im Sommer vor wenigen Monaten an der Berliner Charité stattgefunden hat, ein Treffen der Berliner Krankenhausgesellschaft, des Berliner Senats und der Bundeswehr.

Das Thema war die Vorbereitung auf den Kriegsfall und bei diesem Treffen hat der Vorsitzende der Berliner Krankenhausgesellschaft gesagt, dass die Berliner Krankenhausgesellschaft schon jetzt allen niedergelassenen Ärzten empfiehlt, nur noch im absoluten Notfall Patienten zur Weiterbehandlung in Krankenhäuser zu überweisen, weil die Krankenhäuser nicht voll sein dürfen.

Und dem schon jetzt völlig überlasteten Pflegepersonal wird gesagt, die Belastung wird noch größer im Kriegsfall.

Bereitet euch darauf vor, stärkt eure Resilienz, macht Yoga, treibt Sport, nehmt nicht das Auto auf dem Weg zur Arbeit, sondern nehmt lieber das Fahrrad, das hält fit.

Das ist ein Rohn, das ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten und ich finde, dass wir auch an der Stelle deutlich machen müssen, dass uns das gegen den Strich geht und dass wir das nicht mitmachen, Kolleginnen und Kollegen.

Also ich sehe es schon kommen, ich habe gerade mal auf die Uhr geschaut, also vielleicht komme ich nicht ganz mit den 30 Minuten hin, die Verabredung von vorhin war, ihr unterbrecht mich, wenn ihr es nicht mehr aushaltet.

Zehn Minuten kriege ich noch.

Die vierte Ebene handele ich mal kurz ab, das ist die ökologische Ebene.

Natürlich wird der Klimawandel nicht aufzuhalten sein, der Klimakollaps wird wahrscheinlicher, wenn der Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungskurs der Bundesregierung sozusagen nicht aufhört, nicht gestoppt wird.

An der Stelle nur eine einzige Zahl, um zu unterstreichen, wie dramatisch die Zusammenhänge sind.

Der F-35-Kampfflugzeug der Bundeswehr, der stößt in einer Flugstunde mehr CO₂ aus, als jeder einzelne von uns im Jahr verursacht.

In einer Flugstunde mehr als jeder einzelne von uns in einem Jahr.

Also hier wird nochmal klar, wenn solche Emissionsquellen nicht ausgeschaltet werden, dann lässt sich die Erderhitzung nicht stoppen.

Ich mache mal Schluss bei dem Punkt und komme mal zur Aufrüstung, also zur fünften Ebene, Aufrüstung führt zur Einschränkung der Demokratie.

Kurz erwähnt sei nur die Einschränkung des Meinungskorridors.

Ich sehe euch nicken, deswegen führe ich das an der Stelle nicht weiter aus.

Es ist sozusagen offensichtlich, dass die Berichterstattung über die Zeitenwende und die Kriegsvorbereitung einseitig ist, dass selbst Personen des politischen Establishments wie Rolf Mützenich oder Günther Verheugen, Ralf Stegner, jetzt auch Angela Merkel durch den Kakao gezogen werden in der Öffentlichkeit als Putin-Versteher oder Moskaus fünfte Kolonne diffamiert werden.

Wir alle sind Lumpen-Pazifisten, weil wir uns dafür aussprechen, dass Kriege beendet werden müssen über Verhandlungen und diplomatische Lösungen.

Das meine ich, wenn ich von der Verengung des Meinungskorridors spreche.

Ein anderes Beispiel, das war das, was ich eben schon mal verbunden habe mit der Ankündigung des Beitrages von Andreas Engelmann, nämlich das Arbeitssicherstellungsgesetz.

Und an der Stelle vielleicht auch nur zwei, drei Informationen mehr dazu.

Dieses Arbeitssicherstellungsgesetz ist sozusagen Teil eines Artikelgesetzes zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft, was Anfang des Jahres noch mit den sozusagen auf den letzten, ich glaube, es war die letzte Sitzung des alten Bundestages oder die vorletzte Sitzung, beschlossen wurde.

Und dieses Arbeitssicherstellungsgesetz regelt die Sicherstellung der Arbeitsleistung im Spannungsfall.

Nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz können im Verteidigungsspannungs- oder Bündnisfall Beschäftigte, deren Tätigkeit der Versorgung der Bundeswehr oder verbündeten Streitkräften dient, Beschäftigte in Betrieben, die Militärausrüstung oder die entsprechenden Dienstleistungen erbringen und Beschäftigte in Forschungsbereichen, soweit sie militärisch forschen, zur Sicherstellung ihrer Arbeitsleistung verpflichtet werden.

Und wir wissen, dass in den regionalen Arbeitsagenturen bereits Unterausschüsse entstehen, unter Beteiligung der Bundeswehr, Ausschüsse, die die Geschäftsführung der regionalen Arbeitsagentur in Fragen des Arbeitszwangs im Kriegsfall beraten sollen.

Und dazu passt dann auch, dass es im Arbeitssicherstellungsgesetz heißt, Zitat, durch Artikel 10 werden die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes und des Schutzes vor Arbeitszwang eingeschränkt.

Was heißt das alles für uns Gewerkschaften? Das heißt, dass es ein Trugschluss wäre, zu glauben, wir könnten die betriebliche Mitbestimmung ausweiten in einer Zeit oder in einer Welt, die um uns herum autoritärer wird, in einer Gesellschaft, die um uns herum autoritärer wird.

Das zeigen im Übrigen auch die Ausführungen von Manfred Weber.

Manfred Weber ist der Fraktionsvorsitzende der konservativen Parteien im Europäischen Parlament, also der EVP.

er forderte vor einigen Monaten, dass man jetzt die Wirtschaft in Europa auf Kriegswirtschaft umstellen müsse, notfalls, mit Mehrheiten von rechts.

Und Manfred Weber hat dann auch ausgeführt, was er unter Kriegswirtschaft versteht.

Und er sagt, Zitat, also er hat ein paar Sachen erklärt und sagt aber unter anderem den wichtigen Satz, Zitat, dass die Rüstungshersteller künftig am Wochenende im Schichtsystem arbeiten und die Unternehmen, die bisher Industriegüter für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden.

Zitat Ende.

Das heißt, wenn es nach Weber geht, dann ist es der Staat, der entscheidet, was ein Unternehmen produziert und was nicht.

Und der Staat ist es auch, der entscheidet, ob am Wochenende Überstunden gemacht werden oder nicht.

Es sind nicht mehr unsere Betriebsräte in den Betrieben, die die Überstunden genehmigen, sondern es ist eine staatliche Anordnung.

Und das ist wirklich eine erhebliche Hypothek für die betriebliche Mitbestimmung in den Betrieben.

Und damit komme ich auch zur letzten und sechsten Ebene, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das ist die Eskalationsebene.

Ich will an der Stelle nur den Satz sagen, dass wir weit über, mit der verschärften Militarisierung, die wir erleben und wie ich sie in Ansätzen gerade dargestellt habe, weit über das Maß von nationaler Verteidigung hinaus sind.

Diese Militarisierung soll die Gesellschaft umbauen, sie soll unser Denken verändern, sie soll den Umgang miteinander umformen und ist im Kern zu werten als politikoffener Kriegsvorbereitungen.

Nichts anderes zu verstehen ist die Stationierung der US-amerikanischen Mittelstreckenraketen, die der Dark Eagle kann mit 17-facher Schallgeschwindigkeit innerhalb von 5 Minuten, schwer ortbar, innerhalb von 5 bis 10 Minuten in Moskau sein.

Das sind Erstschlagwaffen, die an der Stelle tatsächlich die USA, da geht es nicht um das Schließen von Kapazitätslücken, wie man uns, oder Fähigkeitslücken, wie man uns einreden will, sondern sie versetzen die USA in die Lage, Russland von deutschem Boden aus anzugreifen.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht, Mo hat dazu schon was gesagt, gehört ebenfalls in diesem Bereich Eskalation und ich möchte an der Stelle sagen, dass wenn wir in die Geschichte gucken und wenn wir auf die Gedenksteine gucken an die gefallenen Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Kolleginnen und Kollegen, dann sind es unsere Namen.

Es sind nicht die Namen der super schlauen Militärhistoriker, der Rüstungsfabrikanten, der Kriegsminister, sondern es sind immer die Namen von Industrieschlossern, von Straßenbahnfahrern, von Metzgern.

Es sind unsere Namen, es sind unsere Kinder, die in den Krieg geschickt werden.

Also lassen wir uns da nicht einreden, dass es bei der Wehrpflicht um das Schließen von Fähigkeitslücken geht oder um das Abenteuer Bundeswehr, sondern die Bundeswehr als größte Friedensbewegung, plakatiert ja selber Plakate mit solchen Aussagen, sondern es geht darum, unsere Kinder in den Krieg zu schicken.

Und dagegen sollten wir uns zur Wehr setzen und ich möchte an der Stelle eines deutlich sagen, in den 80er Jahren fanden Beratungen zur Kriegsdienstverweigerung in Gewerkschaftshäusern statt und sie fanden richtigerweise dort statt, denn dort gehören sie hin.

Und ich finde, wir sollten in unseren Gewerkschaften die Diskussion darüber führen, dass das auch wieder passiert und dass junge Menschen, die den Kriegsdienst verweigern, auch gewerkschaftlichen Rechtsschutz bekommen.

Die sollen Gewerkschaftsmitglieder werden, sie sollen sich organisieren und sie sollen von uns dabei unterstützt werden, dazu verpflichtet zu werden, in den Krieg zu ziehen.

Also lasst uns diese Diskussion führen.

Und letzte Bemerkung zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Buch, der Sammelband, der heute nicht da ist, stellt nicht nur die Auswirkungen der Zeitenwende als Klassenangriff dar, sondern er ordnet die gestiegene Weltkriegsgefahr als Ergebnis einer systemischen Krise des Kapitalismus ein.

Das ist der große Wert dieses Buches, insbesondere von Inga Solti, dem Sozialwissenschaftler aus Berlin, der das gut herausarbeitet.

Eine systemische Krise, die weit über die konjunkturellen Krisen der Vergangenheit hinausgeht und deshalb so komplex ist, weil sie sich auf mehreren Ebenen vollzieht.

Die sogenannte multiple Krise oder Vielfachkrise, sagen die Sozialwissenschaftler dazu.

Die Verwertungs Krise des Kapitals, die Krise sozialer Sicherheit, die große Klimakrise, die geopolitische Krise, die Krise der Demokratie, also der Aufstieg von rechten Bewegungen und rechten Parteien, all das gehört zusammen, ist Teil der systemischen Krise und diese Krisen greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig.

Und der Versuch, die Krise auf einem Feld zu lösen, führt dazu, dass sich die Krise in einer anderen Sphäre verschärft.

Also die geopolitische Krise, die Verwertungs Krise des Kapitals soll durch die geopolitische Krise gelöst werden.

Die geopolitische Krise führt durch die Aufrüstung zu einer Verschärfung der sozialen Sicherheit.

Und die Verschärfung der sozialen Sicherheit wird natürlich ein riesiges Konjunkturprogramm für die autoritäre Rechte, die extreme Rechte in diesem Land beziehungsweise weltweit sein.

Also die herrschenden Funktionsekiten kriegen diese Krise nicht mehr in den Griff, weil sie so komplex ist und weil sie eine systemische Krise des Kapitalismus ist.

Rosa Luxemburg hat mal gesagt, oder andersherum, die aktuelle Krisenentwicklung als systemische Krise zu betrachten, erlaubt uns dann auch zu erkennen, dass als Antwort auf diese Krise derzeit zwei Lösungen auf dem Tisch liegen.

Und beide Lösungen liegen außerhalb des Kapitalismus, so wie wir ihn in den letzten Jahrzehnten erlebt haben.

Als ein Kapitalismus mit politischen Aushandlungsprozessen, mit ökonomischen Verteilungsspielräumen, mit dem Zugeständnis nach sozialer Absicherung.

Diese Zeit ist vorbei.

Und Rosa Luxemburg hat mal gesagt, Sozialismus oder Barbarei.

Die eine Lösung ist also der Rückfall in die Barbarei.

Und wenn wir nach Gaza gucken, uns den Horror anschauen, wenn wir sehen, dass Menschen innerhalb eines abgeriegelten Systems von Nord nach Süd und von Süd nach Nord gehetzt werden, dabei bombardiert werden, dabei ausgehungert werden, selbst an den Lebensmittelverteilstationen beschossen werden, dann wird deutlich, dass der herrschende Block auf dieser Welt dazu bereit ist, auf diese Barbarei zurückzugreifen, wenn es den eigenen Interessen dient.

Sie haben keine Scheu.

Und selbst wenn wir in unserem Land gucken, wie man mit der Palästina-Solidarität umgeht, wie man mit jungen Menschen umgeht, die sagen, wir halten das nicht aus, was da in Gaza passiert, wir wollen das nicht aushalten und wir wollen auch nicht länger schweigen, wir wollen keine Komplizen sein, wir wollen nicht, dass unter unseren Augen eine ganze Bevölkerung ausgelöscht wird.

Diese Menschen gehen auf die Straße, junge Menschen mit Empathie, 14, 15-jährige Schüler und sie werden regelmäßig verprügelt von der Polizei.

Dann muss man deutlich sagen, ist auch das ein Hinweis darauf, dass wenn es den Interessen des herrschenden Blockes dient, dann sind sie bereit, den Knüppel zu schwingen und dann ist es ganz schnell vorbei mit der großen Freiheit und der großen Demokratie.

Wir sollten uns aber darüber bewusst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es zu dieser Barbarei auch eine Alternative gibt.

Denn Rosa Luxemburg hat nicht gesagt, Rückfall in die Barbarei, sondern sie hat gesagt, Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.

Das heißt, es gibt eine Alternative zu dieser Barbarei und das ist die inspirierende Idee einer Gesellschaft, in der wir alle frei und gleich miteinander leben können.

Eine Gesellschaft ohne Klassenwidersprüche, eine Gesellschaft ohne die Gefahr des Klimakollaps, eine Gesellschaft ohne die Kriegsgefahr, eine Idee, die uns als Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung in der Vergangenheit immer stark gemacht hat.

In den letzten 150 Jahren hat uns diese Idee, die Hoffnung auf eine Gesellschaft, für die es sich zu kämpfen lohnt, immer stark gemacht.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es an der Tagesordnung ist, eine breite Friedensbewegung aufzubauen, die so breit ist, dass jeder darin Platz hat, dem der Krieg zuwider ist, aus welchen Gründen auch immer.

Und ich möchte daran erinnern, dass in den 80er Jahren sogar Bundeswehrsoldaten in Uniformen an Friedensdemonstrationen teilgenommen haben.

Jeder muss darin seinen Platz haben.

Und gleichzeitig braucht es aber in dieser Friedensbewegung einen Block aus Sozialistinnen und Sozialisten, aus Kommunisten und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aus Christen und Gewerkschaftern, Menschen, die diese inspirierende Idee einer freien und gleichen Gesellschaft vorantragen, darüber diskutieren, dafür werben, dafür kämpfen und die sich nicht, und die nicht zulassen, dass man uns die zunehmende Bereitschaft zur Barbarei und ihre unerhörten Versuche, das als notwendige Drecksarbeit zu rechtfertigen, permanent aufs Butterbrot schmiert.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen das nicht hin und deswegen geht es darum, die Friedensbewegung gleichzeitig auch zu verbinden mit dem Kampf für eine andere Gesellschaft.

Danke für eure Aufmerksamkeit.